

*Int 821 altg**ala*

**Bericht über das Dreiertreffen der Wirtschaftsminister in Bad
Urach (Baden-Württemberg) vom 8./9. Juni 1990**

Turnusgemäss lud Bundeswirtschaftsminister Haussmann (H) den österreichischen Bundeswirtschaftsminister Schüssel (S) und Bundesrat Delamuraz (CFD) zum Dreiertreffen in die Bundesrepublik ein. Hauptthemen der trilateralen Gespräche waren die deutsche Einigung, die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa sowie die Europäische Integration. Angesichts der vor einer Woche an der OECD-Ministerkonferenz behandelten Themen und in Anbetracht der beschränkten Zeit für die trilateralen Gespräche wird auf eine Diskussion der Traktanden "Wirtschaftslage- und Politik" sowie "Uruguay-Runde" verzichtet.

1. Deutsche Einigung

H rechnet damit, dass die DDR die für die Einigung und die damit verbundene volle Integration in die EG notwendigen Anpassungen rasch vorantreiben werde, so dass die Uebergangsperiode kurz gehalten werden könne. Direktinvestitionen westlicher Unternehmen seien im beiderseitigen Interesse und sollten rasch an die Hand genommen werden. Die BRD sei bereit, die Investitionszulage von 12% auch Direktinvestoren aus Drittländern zu gewähren. Im allgemeinen rechnet man in der BRD damit, dass die EG-Kommission bei Beihilfen an die DDR eine grössere Toleranz als sonst walten lassen wird.

Angesichts der vielfältigen Aenderungen in der DDR ist bei potentiellen Investoren ein grosser Informationsbedarf festzustellen. Die Minister kommen überein, im Herbst ein Seminar für interessierte Unternehmen aus der Schweiz und Oesterreich zu veranstalten, das insbesondere auch dem Erfahrungsaustausch mit bundesdeutschen Unternehmen dienen soll. Die Veranstaltung soll auch Klein- und Mittelunternehmen ansprechen. Das deutsche Bundeswirtschaftsministerium, das ein solches Seminar für französische Investoren organi-

siert hat, wird die Verantwortung für die Durchführung übernehmen. H beabsichtigt, auch das trilaterale Seminar durch die Minister eröffnen zu lassen, damit die verantwortlichen Unternehmensleiter zur Teilnahme veranlasst werden könne. Was den Termin angeht, plädiert CFD für möglichst frühe Ansetzung (anfangs September). Für S kommt jedoch eine Beteiligung erst nach den österreichischen Wahlen, d.h. ab Mitte Oktober in Frage. Es wird offen gelassen, welche Variante gewählt werden soll.

Die BRD möchte den im Staatsvertrag verankerten "Vertrauensschutz" für die aussenwirtschaftlichen Beziehungen der DDR flexibel handhaben. Es sei ihr klar, dass gegenüber Comecon-Ländern die Beziehungen so weiterzuführen seien, dass diese weder technisch noch finanziell Nachteile erleiden würden. Es gebe aber keine Garantien für die Erfüllung der einzelnen unternehmerischen Verpflichtungen, da die Umstrukturierung nicht behindert werden solle. Es gehe darum, rund 8000 Betriebe durch die Treuhandgesellschaft zu privatisieren. H nennt auch eine Schätzung, wonach etwa 20% der Betriebe auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig wären. Etwa 20-30% müssten liquidiert werden. Die restlichen 50-60% seien sanierungsfähig. Doch müsse dafür mit sehr langen Fristen gerechnet werden.

Zur Aussenhandelspolitik der DDR beantwortet Streit Fragen von S und CFD in dem Sinne, dass die Möglichkeit einer "de facto"-Zollunion mit der EG geprüft werde. Das würde an sich auch die Berücksichtigung der EG-Freihandelsbeziehungen implizieren. Ob die DDR dazu bereit sei, müsse sie aber selbst beantworten. Es wäre Sache der EFTA-Länder dies abzuklären. Streit sieht dabei eine Möglichkeit der gegenseitigen autonomen Gewährung des Freihandelsstatus.

2. Mittel- und Osteuropa

Die Minister kommen ferner überein, ihre Kollegen aus Ungarn und der CSFR zu einem gemeinsamen Treffen einzuladen (voraussichtlich Anfang 1991 in Wien). An diesem Treffen sollen die Möglichkeiten der Förderung der Wirtschaftsbeziehungen in Gebieten, an denen ein gemeinsames Interesse besteht, besprochen werden. Eigentliche gemeinsame Aktionen werden nicht ins Auge gefasst. Von einer Einladung an andere Länder wird aufgrund des Standes ihrer wirtschaftlichen Entwicklung oder ihrer innenpolitischen Situation abgesehen.

H war kürzlich in Moskau. Der Kompetenzenwirrwarr macht es fast unmöglich, grössere Projekte, von denen eine Vielzahl vorgeschlagen werden, zu verwirklichen. So ist es z.B. auch nach dreijährigen Bemühungen noch immer nicht gelungen, für ein Deutsches Haus der Technik in Moskau eine Baubewilligung zu erhalten.

Bezeichnend ist für H auch, dass J. Sachs einen Auftrag der UdSSR abgelehnt habe, da die Informationsbasis und die Zuständigkeitsordnung fehle, die für die Ausarbeitung eines Reformkonzeptes Voraussetzung wären.

3. Europäische Integration

3.1 EG

H äussert sich kurz zu den Aussichten der Währungsunion. Ueber die erste Phase bestehe Klarheit. Die zweite Phase muss s.E. vorsichtig angegangen werden, da die Staaten zu einem wesentlichen Souveränitätsverzicht noch nicht bereit seien. H lässt offen, ob die Währungsunion zu einer Integration mit verschiedenen Geschwindigkeiten führen würde.

3.2 EWR

S und CFD legen die Bedeutung der institutionellen Fragen dar. Der Mandatsentwurf der EG-Kommission ist in dieser Hinsicht unbefriedigend. Delors hat sein Angebot von Anfang 1989 vor Beginn der Verhandlungen für die EFTA-Staaten ganz wesentlich verschlechtert, indem er eine Mitbestimmung verweigert und in der Substanz nur wenige Ausnahmen zugestehen will. Demgegenüber ist der Zusammenhang von Institutionen und Inhalt zu unterstreichen.

H teilt diese Auffassung in wichtigen Punkten: Es ist ein Verfahren zu finden, das die grösstmögliche Gewähr für die Einigung über die Weiterentwicklung des EWR-Rechtes bringt. Entscheidend dafür ist nach deutscher Auffassung die Osmose in der Beschlussvorbereitung. Ob die Beschlussfassung gemeinsam oder getrennt erfolgt, ist dagegen eher zweitrangig. Die BRD setzt sich im Rat vor allem für eine Beteiligung der EG-Mitgliedstaaten ein, die stärker ausgebildet sein muss als sie der Mandatsvorschlag der Kommission vorsieht. Was die Anwendung, des EWR-Rechts angeht, sind auch nach deutscher Auffassung kollektive Strukturen der EFTA-Länder erwünscht, die aber nicht unbedingt mit supranationalen Kompetenzen auszustatten sind. Die BRD hat auch ein gewisses Verständnis für Ausnahmebegehren. Streit nennt Steuern, Agrarpolitik, Zollunion, höhere Umweltstandards.

Die Diskussion des Mandatsvorschlags der Kommission gestaltet sich im Coreper recht mühselig und es ist zu erwarten, dass einige Fragen durch die Minister am 18./19. Juni zu entscheiden sein werden.

H unterstreicht einmal mehr die Bedeutung, welche die BRD dem EWR beimisst. Die einzelnen deutschen Regionen brauchen offene Grenzen mit den Nachbarländern, die der EG nicht angehören. Der "Kleine Europäische Wirtschaftsraum" wird ange-

sichts der Anforderungen, welche die Zusammenarbeit mit Mittel- und Osteuropa stellt, noch wichtiger. Der EWR bildet eine "sinnvolle Zwischenform" der Zusammenarbeit mit Ländern, welche nicht oder noch nicht zu einem Beitritt bereit sind.

Im übrigen berichtet H über seinen soeben abgeschlossenen Besuch in Stockholm. Er zeigt sich beeindruckt von der fast dramatisch zunehmenden Verlagerung der Investitionen der schwedischen Industrie in die EG. Trotzdem habe Carlsson ihm versichert, dass seine Regierung einen EG-Beitritt vorerst nicht in Betracht ziehe. Vor allem die Neutralität, deren Bedeutung eher zunehme, lasse einen solchen Schritt nicht zu.

4. Bilaterales Gespräch mit H

CFD nimmt die Frage der Enteignungsentschädigung der DDR auf. H verweist uns dafür an das Justizministerium, das eine Systematisierung der Enteignungsfälle und der entsprechenden Entschädigungsmöglichkeiten vorgenommen habe. Für die Anmeldung von Rückerstattungsansprüchen sei ein Termin festgesetzt worden. Die schweizerischen Ansprechpartner müssten sich aber voraussichtlich noch mit der DDR über eine allfällige Rückgabe auseinandersetzen. Die BRD könne gegenüber Drittländern vor der Einigung in dieser Frage keine Funktion übernehmen. Ähnlich bietet sich die Situation dar für die Abwicklung von Verträgen mit DDR-Unternehmen. Der im Staatsvertrag ausgesprochene Vertrauensschutz sei nur im Hinblick auf die Beziehungen mit den Comecon-Ländern geschaffen worden und auch dort behalte sich die Bundesrepublik die konkrete Ausgestaltung vor, um die Umstrukturierung der DDR-Unternehmen nicht zu behindern.

5. Bilaterales Gespräch mit S

Im bilateralen Gespräch mit S liegt das Schwergewicht auf der Ministerkonferenz von Göteborg vom 12.-14. Juni. Im übrigen erkundigt sich S nach den schweizerischen Absichten über die künftige Ausgestaltung des Saisonierstatuts im Hinblick auf Begehren in Oesterreich, eine vergleichbare Fremdarbeiterkategorie einzuführen, um dem Arbeitsmangel abzuhelpfen. CFD erläutert die verschiedenen bei uns diskutierten Ideen und verspricht ihm eine schriftliche Dokumentation. Ferner erkundigt sich S danach, ob sich die schweizerische Haltung ueber einen Beitritt zum EWS geändert habe, was CFD mit einem Hinweis auf die gleichbleibende Meinung der SNB, die nach wie vor der pragmatischen Notenbankzusammenarbeit den Vorzug gibt, beantwortet.

Da die trilateralen und bilateralen Gespräche am Freitag nachmittag und Samstag morgen stattfanden, war eine Presseorientierung über ihren Inhalt nicht möglich. Die drei Minister kamen deshalb überein, am Montag die Presse einzeln, im Zusammenhang mit anderweitigen Presseorientierungen (in unserem Fall im Zusammenhang mit der Bundesratssitzung), zu informieren, dies insbesondere über das Vorhaben eines Investitionsseminars DDR und ein gemeinsames Treffen mit den Wirtschaftsministern Ungarns und der CSFR.

Verteiler:

- Schweizerische Botschaften: Berlin-DDR, Bonn, Budapest, Wien, Prag
- blf, cor, pur, gir, kel, jek, bal, zos, col, nag, maz, kno, mat